

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 27 | 07.07.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 77/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Studienförderungsgesetz 1992** geändert wird (Anhebung der Beihilfenhöhe und der Einkommensgrenzen; Zuschläge für ältere Studierende)

[BGBl I 78/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **EU-Qualitätsregelungen-Durchführungsgesetz** geändert wird (Regelung der Zuständigkeit für Kontrollen von biologischen Sendungen bei der Einfuhr aus Drittstaaten; Regelung des Informationsflusses zwischen den Behörden und zwischen den Unternehmern)

[BGBl II 174/2017 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Automatenglücksspielverordnung geändert wird (**Automatenglücksspielverordnung Novelle 2017** – AGSpVO-Novelle 2017)

[BGBl II 175/2017 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Justiz über den **Normalkostentarif**

[BGBl II 177/2017](#)

Verordnung der Bundesministerin für Bildung, mit der die **Hochschul-Curriculaverordnung 2013** geändert wird

[BGBl II 179/2017](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die einheitliche Vorgangsweise bei der Zuweisung von Räumen und der Zahlung von Beiträgen zum Verwaltungsaufwand an die Hochschülerinnen- und Hochschülerschaften und die Vertretungen von Studierenden an Bildungseinrichtungen, an denen keine Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft eingerichtet ist (**Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsraum- und -verwaltungsbeitragsverordnung** – HS-RVBV)

[BGBl III 97/2017](#)

Erklärung der Republik Österreich über die Annahme der **Beitritte** Albanien, Andorras, Armeniens, Marokkos, der Russischen Föderation, der Seychellen, Singapurs zum **Übereinkommen** über die zivilrechtlichen Aspekte **internationaler Kindesentführung**

[BGBl III 98/2017](#)

Vereinbarung über die Durchführung von Artikel 13 Abs 1 lit c und Kapitel VI des Vertrages zwischen der Republik Österreich, der **Schweizerischen Eidgenossenschaft** und dem Fürstentum **Liechtenstein** über die **grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit**

[BGBl III 99/2017](#)

Änderungen und Ergänzungen der Anlage zum Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der **italienischen Republik** über die **gegenseitige Anerkennung der akademischen Grade und Titel**

[BGBl III 107/2017 \(Anhang\)](#)

Berichtigung der Anlage zur Ordnung für die **internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID)**, Anhang C des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 168 v 30.06.2017, 1](#)

Verordnung (EU) 2017/1128 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 zur **grenzüberschreitenden Portabilität von Online-Inhaltediensten** im Binnenmarkt

[ABI L 168 v 30.06.2017, 12](#)

Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über den **Prospekt**, der beim **öffentlichen Angebot von Wertpapieren** oder bei deren **Zulassung zum Handel** an einem geregelten Markt **zu veröffentlichen** ist und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/71/EG

[ABI L 169 v 30.06.2017, 1](#)

Verordnung (EU) 2017/1130 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 zur **Definition der Angaben für Fischereifahrzeuge**

[ABI L 169 v 30.06.2017, 8](#)

Verordnung (EU) 2017/1131 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über **Geldmarktfonds**

[ABI L 169 v 30.06.2017, 46](#)

Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über **bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts**

[ABI L 173 v 06.07.2017, 15](#)

Beschluss (EU) 2017/1206 des Rates vom 4. Juli 2017 zur **Festlegung der finanziellen Beiträge** der Mitgliedstaaten zum **Europäischen Entwicklungsfonds**, einschließlich der zweiten **Tranche 2017**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

13.06.2017, [E 562/2017](#)

Sbg Landes-BeamtenG; Ablehnung der Behandlung der Beschwerde eines Landesbeamten wegen **Nichtanrechnung gesetzlich vorgesehener Ruhepausen** auf die **Dienstzeit** und mangels Abgeltung dieser Zeiten als angeordnete Mehrdienstleistungen

14.06.2017, [E 1486/2017](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden** untereinander durch Zurückweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Feststellung der Zuständigkeit Ungarns sowie Anordnung der Außerlandesbringung mangels Heranziehung und Würdigung des eine aktuelle Gesetzesänderung **berücksichtigenden Berichtsmaterials** zur Lage von Asylwerbern in Ungarn; Willkür auch infolge der – mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbaren – Argumentation in der Entscheidungsbegründung

28.06.2017, [V 27/2017 ua](#)

Sbg Bettelverbots-VO; Aufhebung der angefochtenen Bestimmungen, da ein **ausnahmsloses Verbot**, als **stiller Bettler** den öffentlichen Raum zu nutzen, gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt, weil es Menschen von der Nutzung ausschließt; zwar kann es zur Vermeidung eines drohenden Missstands erlaubt sein, ein zeitlich und örtlich beschränktes Verbot auch auf das stille Betteln zu erstrecken; angesichts des erheblichen zeitlichen (täglich von 8 bis 19 Uhr) und örtlichen (bedeutende Teile der Altstadt) Anwendungsbereichs ist dies jedoch in casu nicht gerechtfertigt

30.06.2017, [G 53/2017](#)

BG über die Enteignung der Liegenschaft Salzburger Vorstadt Nr 15; die Enteignung des **Geburtshauses von Adolf Hitler** in Braunau durch Gesetz liegt im öffentlichen Interesse, ist verhältnismäßig und nicht entschädigungslos, sie ist daher verfassungskonform; dies ergibt sich aus der Verantwortung im Umgang mit der Unterbindung von **nationalsozialistischem Gedankengut**; Hitlers Geburtshaus kommt ein Alleinstellungsmerkmal zu, welches zu einer **Identifikationsstätte** geeignet wäre; zur notwendigen Entziehung der Symbolkraft ist die volle Verfügungsgewalt des Bundes über die Liegenschaft nötig; zudem kann nur dadurch ein Verkauf an Dritte vermieden werden

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

11.05.2017, [Ro 2017/04/0004](#)

Stmk JugendschutzG; Durchführung eines Alkohol-Testkaufs; ggst zeigte der **jugendliche Testkäufer** über Aufforderung der Kassiererin seinen Ausweis, aus dem sein Alter hervorgegangen war, eine Flasche Wodka erhielt er trotzdem; eine **Tatprovokation** ist grundsätzlich dann unzulässig, wenn sie Betroffene zur Begehung einer Straftat anstiftet, welche andernfalls nicht begangen worden wäre; dabei muss ein solcher Einfluss ausgeübt werden, dass die Person zur Begehung einer Tat verleitet wird; maßgeblich ist, ob das Verhalten eines verdeckten Ermittlers über das Verhalten eines „gewöhnlichen“ Kunden hinausgeht; das Verhalten des jugendlichen Testkäufers war fallbezogen nicht geeignet, die Kassiererin irgendwelchem Druck auszusetzen; Nichtvorliegen eines Verhaltens, das über das Verhalten eines „gewöhnlichen“ Kunden hinausging

23.05.2017, [Ra 2015/05/0028](#)

AVG; Möglichkeit eines **Feststellungsbescheids über die Parteistellung** in einem bestimmten Verwaltungsverfahren, um im Zweifel zu klären, ob einer bestimmten Person Parteistellung zukommt; Verwaltungsbehörden sind befugt, im Rahmen ihrer örtlichen und sachlichen Zuständigkeit auch Feststellungsbescheide zu erlassen, sofern hierfür eine ausdrückliche gesetzliche Anordnung vorliegt oder ein im öffentlichen Interesse begründeter Anlass dazu gegeben oder aber die Feststellung im rechtlichen Interesse einer Partei erforderlich ist und die Verwaltungsvorschriften nichts anderes bestimmen; ein Feststellungsbescheid ist dann nicht zulässig, wenn die für die Feststellung maßgebende Rechtsfrage im Rahmen eines anderen gesetzlich vorgesehenen Verwaltungsverfahrens zu entscheiden ist

23.05.2017, [Ra 2015/05/0079](#)

Wr GebrauchsabgabeG; Tarif D Post 2 Wr GebrauchsabgabeG spricht von „**Vorgärten** (Aufstellung von Tischen, Sesseln ua) von Geschäftslokalen aller Art“; darunter fallen auch Schanigärten; aus dem Wortsinn „Vorgärten“ ergibt sich, dass eine gewisse räumliche Nahebeziehung zu dem Geschäftslokal gegeben sein muss; dass ein Schanigarten jedoch nur unmittelbar vor einem Geschäftslokal errichtet werden darf, von dem der Gebrauch ausgeht, ergibt sich daraus nicht; Möglichkeit der **Be-willigung** eines Schanigartens auch auf der dem Geschäftslokal **gegenüberliegenden Straßenseite**

30.05.2017, [Ra 2017/06/0006](#)

B-VG; ZivilprozessO; das **Revisionsmodell** der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 soll sich nach dem Willen des Verfassungsgesetzgebers an jenem nach den §§ 500 ff ZivilprozessO orientieren; ausgehend davon ist der VwGH als Rechtsinstanz tätig und im Allgemeinen nicht zur Überprüfung der Beweiswürdigung im Einzelfall berufen; einer **Rechtsfrage des Verfahrensrechts** kann nur dann grundsätzliche Bedeutung zukommen, wenn sie über den konkreten Einzelfall hinaus Bedeutung entfaltet, und setzt einen schwerwiegenden Verstoß gegen tragende Verfahrensgrundsätze voraus

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Tir 27.04.2017, [LVwG-2017/40/0242-3](#)

RechtsanwaltsO; die **Enthhebung eines Rechtsanwalts**, der gem § 10 Abs 3 RechtsanwaltsO bestellt wurde, ist nur anhand landesspezifischer Geschäftsordnungen der Kammern möglich, da die RechtsanwaltsO eine solche Möglichkeit nicht vorsieht; einzig der Tatbestand der **Befangenheit** gem § 45 Abs 4 leg cit wäre denkbar; eine Befangenheit liegt aber nicht schon dann vor, wenn sich die vertretene Partei nicht ausreichend vertreten fühlt, der Antrag auf Entzug der Verfahrenshilfe gestellt wird oder ein auf die eben genannten Vorgänge gestütztes nichtvorhandenes Vertrauensverhältnis argumentiert wird

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[05.07.2017, Rs C-190/16, Fries](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EU) Nr 1178/2011 – Anhang I, FCL.065 Buchst b – Verbot für Inhaber einer Pilotenlizenz, die das **Alter von 65 Jahren** erreicht haben, als Pilot eines Luftfahrzeugs im **gewerblichen Luftverkehr** tätig zu sein – Gültigkeit – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 15 – **Berufsfreiheit** – Art 21 – **Gleichbehandlung** – Diskriminierung wegen des Alters – Gewerblicher Luftverkehr – Begriff

[06.07.2017, Rs C-139/16, Moreno Marín ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Marken** – Richtlinie 2008/95/EG – Art 3 Abs 1 Buchst c – Nationale Wortmarke La Milla de Oro – Eintragungshindernisse oder Ungültigkeitsgründe – **Zeichen der geografischen Herkunft**

[06.07.2017, Rs C-180/16 P, Toshiba / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Markt für Projekte im Bereich gasisolierter Schaltanlagen – Entscheidung, die von der Europäischen Kommission nach der **teilweisen Nichtigerklärung** der ursprünglichen Entscheidung durch das Gericht der Europäischen Union getroffen wurde – **Änderung der Geldbußen** – Verteidigungsrechte – Kein Erlass einer neuen Mitteilung der Beschwerdepunkte – Gleichbehandlung – **Gemeinschaftsunternehmen** – Berechnung des Ausgangsbetrags – **Ausmaß des Beitrags zur Zuwiderhandlung** – Rechtskraft

[06.07.2017, Rs C-245/16, Nerea](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Staatliche Beihilfen** – Verordnung (EG) Nr 800/2008 – **Allgemeine Gruppenfreistellung** – Geltungsbereich – Art 1 Abs 6 Buchst c – Art 1 Abs 7 Buchst c – Begriff ‚**Unternehmen in Schwierigkeiten**‘ – Begriff ‚Gesamtverfahren‘ – Gesellschaft, die gemäß dem **operationellen Regionalprogramm des Europäischen Fonds** für regionale

Entwicklung (EFRE) eine staatliche Beihilfe erhielt und später zum präventiven Vergleich zur Fortführung des Unternehmens zugelassen wurde – **Widerruf der Beihilfe** – Verpflichtung zur Rückzahlung des gezahlten Vorschusses

06.07.2017, Rs C-254/16, Glencore Agriculture Hungary

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 183 – **Grundsatz der steuerlichen Neutralität** – Vorsteuerabzug – Erstattung des **Mehrwertsteuerüberschusses** – Überprüfungsverfahren – Geldbuße, die im Zuge eines solchen Verfahrens gegen den Steuerpflichtigen verhängt wird – Verlängerung der Erstattungsfrist – **Ausschluss** der Zahlung von **Verzugszinsen**

06.07.2017, Rs C-290/16, Air Berlin

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verkehr – Gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von **Luftverkehrsdiensten** in der Union – Verordnung (EG) Nr 1008/2008 – Bestimmungen zur **Preisfestsetzung** – Art 22 Abs 1 – Art 23 Abs 1 – **Pflichtangaben** bei der Darstellung der der Öffentlichkeit zugänglichen Preise – Pflicht zur Ausweisung der tatsächlich anfallenden Steuern, Gebühren, Zuschläge oder Entgelte – **Preisfreiheit** – **Erhebung von Bearbeitungsgebühren** im Fall eines vom Flugstornierten oder nicht angetretenen Fluges – **Verbraucherschutz**

06.07.2017, Rs C-392/16, Marcu

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 199 Abs 1 Buchst c – Keine mehrwertsteuerliche Registrierung – Umkehrung der Steuerschuldnerschaft – **Hypothetischer Charakter der Vorlagefrage** – **Unzulässigkeit** des Vorabentscheidungsersuchens

B. SCHLUSSANTRÄGE

04.07.2017, Rs C-320/16, Uber France (GA Szpunar)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Technische Vorschrift – Begriff – **Notifizierungspflicht** – Sanktion – **Unanwendbarkeit gegenüber Einzelnen** – System der Zusammenführung von Kunden mit nicht berufsmäßigen Fahrern – Applikation UberPop – Richtlinie 2006/123/EG – Geltungsbereich – **Ausschluss als Dienstleistung** im Bereich des Verkehrs

05.07.2017, verb Rs C-374/16 und C-375/16, Geissel (GA Wahl)

Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 178 Buchst a – **Recht auf Vorsteuerabzug** – Bedingungen für die Ausübung – Art 226 Nr 5 – In Rechnungen erforderliche Angaben – Anschrift des Steuerpflichtigen – **Gutgläubige Erfüllung** der Voraussetzungen für den Vorsteuerabzug – **Gesetzesumgehung oder Rechtsmissbrauch** – Nationale Verfahren – **Effektivitätsgrundsatz**

06.07.2017, Rs C-650/15 P, PPG und SNF / ECHA (GA Sharpston)

Rechtsmittel – Verordnung (EG) Nr 1907/2006 (**REACH-Verordnung**) – **Besonders besorgniserregende Stoffe** – **Erstellung einer Liste** von für die Aufnahme in Anhang XIV (Verzeichnis der zulassungspflichtigen Stoffe) in Frage kommenden Stoffen – Entscheidung über die Ermittlung von Acrylamid als Stoff, der die Kriterien für die Aufnahme in das Verzeichnis erfüllt – Art 2 Abs 8 Buchst b – Ausnahme – Begriff ‚**Zwischenprodukt**‘ – Begründungspflicht – **Verhältnismäßigkeitsgrundsatz**

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

06.07.2017, Beschwerde Nr [14894/14](#), *Boudelal / Frankreich*

Art 35 EMRK (Unzulässigkeit der Beschwerde); Verweigerung der Verleihung der französischen **Staatsbürgerschaft** an den Bf aufgrund seines **Naheverhältnisses** zur Palästinensischen **Muslimbruderschaft** stellt keinen Eingriff in seine Konventionsrechte (Art 9, 10 bzw 11 EMKR) dar

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Dr. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.